

II-6726 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3354/J

1992-07-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek  
an den Bundeskanzler  
betreffend Hungerstreik eines ehemaligen Chauffeurs des BKA

Im Juni 1972 wurde der damalige Chauffeur des Bundeskanzleramtes, Herr Matthias Bittner, im Hof des BKA neben seinem Dienstfahrzeug von einem aus dem dritten Stock herabstürzenden Fenster getroffen und in der Folge arbeitsunfähig. Seither geschah folgendes: Nach zweijährigen Verzögerungen versicherte MR Beroldinger 1975 vor Zeugen, daß der Unfall im Amt stattgefunden habe und man daher auch für den Schaden ohne gerichtliche Entscheidung aufkommen werde; das Kabinett des Bundeskanzlers versprach 1976 Hilfe, stellte aber dann Verjährung fest. Bundeskanzler Dr. Kreisky versprach daraufhin, persönlich etwas zu unternehmen. Die Finanzprokuratur wurde aber nicht ermächtigt, Vergleichsverhandlungen zu führen. Bundeskanzler Dr. Sinowatz sicherte 1984 wiederum (aufgrund eines Hungerstreiks des Chauffeurs) zu, sich um eine Kulanzregelung bemühen zu wollen.

Der Akt ist seither verschwunden. Einen inzwischen begonnenen Amtshaftungsprozeß hat Herr Bittner aus rechtlichen Gründen verloren. Alle Zusagen höchster Politiker blieben ohne jegliche Wirkung. Herr Bittner sah sich deshalb im Mai 1992 nochmals gezwungen, einen Hungerstreik zu beginnen, um für seinen Unfall entsprechend entschädigt zu werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

Anfrage:

1. Werden Sie den schlechten Eindruck, den die nicht eingehaltenen Zusagen Ihrer Amtsvorgänger beim ehemaligen Chauffeur Matthias Bittner hinterlassen haben, durch eine unbürokratische Unterstützung auszugleichen versuchen?

2. Wenn nein, warum halten Sie es für zumutbar, einen ehemaligen Bediensteten Ihres Hauses nach einem Dienstunfall ohne jeglichen finanziellen Ausgleich zu lassen?
3. Meinen Sie nicht, daß das Vorgehen Ihrer Vorgänger und auch die Gleichgültigkeit, mit der über den Hungerstreik eines ehemaligen Bediensteten Ihres Hauses hinweggegangen wurde, der Glaubwürdigkeit der Politiker, und insbesondere der sozialdemokratischen Amtsträger keineswegs zuträglich war?
4. Welche Möglichkeiten gibt es für die Bundesregierung der Republik Österreich überhaupt, um in ähnlichen Notfällen Bürgern Unterstützung zu gewähren (z.B. außerordentlichen Versorgungsgenuß, Familienhärteausgleich etc.)?
5. Welche Lösung dieser mittlerweile schon zwanzig Jahre zurückliegenden leidigen Angelegenheit werden Sie Herrn Bittner vorschlagen? Wann werden Sie diesbezüglich initiativ werden?